

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

102 (7.5.1909) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 81. 25. durch den Briefträger ins F. u. S. gebracht, 81. 37. vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Fernsprecher** Nr. 535. **Beilagen:** Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiencitron“.

**Fernsprecher** Nr. 535. **Anzeigen:** Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen 60 Pfg., Restanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabate. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notstandsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen: den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: Hermann Bahler in Karlsruhe.

### Material für die Wertzuwachssteuer.

Regierung und Liberalismus bemühen sich in jedem Wettbewerb, den Gedanken der Wertzuwachssteuer entweder als absurd zu bezeichnen oder diese Steuer als nicht erziehbildig hinzustellen. Gegenüber solchen Verhören müssen wir näher auf die Rede des Abg. Müller-Fulda in der Steuerkommission eingehen, der besonders auch dem preislichen Finanzminister entgegentrat, als dieser meinte, die Wertzuwachssteuer komme auf dem Lande gar nicht in Betracht, sie sei nur eine Steuer für die Stadt. Abg. Gerold wies demgegenüber nach, welche Wertsteigerung das Weideland in den letzten 20 Jahren erlangt habe. Früher mit 30-60 Mk. pro Morgen bezahlt, sei es heute für 2-300 Mk. pro Morgen kaum zu haben; auch alle andere ländliche Grundstoffe besonders in Industriegebieten sei durch die Entwidlung der Verhältnisse enorm im Preise gestiegen. Weiter muß betont werden, wie sehr die Bodenpreise auf den Dörfern in der Nähe von Köln, Düsseldorf, Essen, Bochum, Dortmund und in der Gegend von Bielefeld, in Westfalen, aber auch im Maingau, z. B. in Niederbach, Griesheim, Schwabheim, Oberrod, Nied usw. gestiegen sind; die Steigerung der Grundstücke in kleineren und mittleren Städten wie Hanau, Offenbach, Wiesbaden, Naumburg-Güter sind jedermann bekannt. Abg. Müller-Fulda wies durch zahlreiche Beispiele Preissteigerungen innerhalb 12-15 Jahren, welche bis zu 300 Proz. gingen, nicht etwa in Großstädten, sondern gerade in mittleren und kleineren Städten, wo Grundstücke, die früher 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Quadratmeter kosteten, heute mit 20-30 Mk. bezahlt würden; deshalb sei auch der Einwand, die Steuer werde nur 20-30 Millionen bringen, vollständig unbegründet. Gerade weil dieser Einwand von der Annahme ausgeht, es handele sich bei der Steuer hauptsächlich nur um die großen Städte, sei auch die aus dieser falschen Behauptung resultierende Geringschätzung falsch. Wenn man ein wichtiges Geleis mache, welches den Grundstückspreisen einwirkend auch wirklich erhalte und nicht nur eine Scheinsteuerung bilde, wie solche in den Ostprovinzen mancher Großstädte enthalten sei, könne man nicht bloß auf die volle von dem konservativen Antrag in Aussicht genommene Einnahme von etwa 50 Mill. Mk. jährlich rechnen, sondern mindestens auf 100-120 Mill. Mk. jährlich rechnen, jedenfalls auf weit mehr als die Ertragssteigerung der Städte. Er glaube, eine Prüfung der Grundstücke sowohl für mittlere als kleine und große Städte werde die Minderheit seiner Angaben dort; er erklärte sich auch bereit, für alle seine Angaben hinsichtlich der Bodenpreissteigerung in kleinen und mittleren Städten und auf dem Lande selbst Beweise zu erbringen.

Die freikonservative Opposition konnte die Minderheit dieser Argumente nicht befechten, sie beschränkte sich im wesentlichen darauf, zu erwidern, die vorgeschlagene Steuer sei eine Sondersteuer, man solle jedoch durch die Ertragssteuer die Allgemeinheit zu den Lasten des Reiches heranziehen. Von Seiten des Zentrums wurde dagegen geltend gemacht, daß es richtiger sei, den mangelhaften Ertragssteuern seiner Vermögensmäßigkeit entsprechend zu besteuern als das durch Arbeitsamt und Sparanstalt erworbene Vermögen der Allgemeinheit. Für eine Ertragssteuer sei gar kein Bedürfnis mehr vorhanden, sobald eine wirksame Besteuerung des unwerblichen Wertzuwachses durchgeführt werde. Die Bildung von Reichtümern durch die Wertsteigerung des Bodenschatzes hat unferes Erachtens bisher in Deutschland noch viel zu wenig Beachtung gefunden. Nach Ansicht sachverständiger Kreise sind die auf solche Weise entstandenen Vermögen weit bedeutender als man allgemein annimmt, und welche Gewinne dabei noch immer gemacht werden, zeigt folgende Notiz, die wir einem Berliner Blatte entnehmen: „100 Prozent Dividende. Wie verlautet, ist die Dividende der Berlinischen Bodenbesitzgesellschaft für das Geschäftsjahr 1908 mit 100 Prozent auf das 1 Million Mark tetragende Aktienkapital in Aussicht zu nehmen. Die Gesellschaft, welche besitzlich der Dresdener Bank nahe steht, verteilte für 1907 35 Prozent und in den beiden vorhergehenden Jahren gleichfalls 100 Prozent; also pro 1905 100, 1906 100, 1907 35 und 1908 100 Prozent Dividende innerhalb 4 Jahre.“ Je mehr die industrielle Entwicklung Deutschlands und dessen Bevölkerungszahl zunimmt, umso mehr muß auch der Bodenschatz steigen nicht nur in großen Städten, sondern auch in kleinen Landgemeinden, deren sich viele in wenig Jahrzehnten zu Großstädten entwickelt haben, wir verweisen hierfür nur auf die Kohlenbergbaubetriebe und die Vororte von Berlin, wo früher Kartoffelbauern waren und heute reiche Millionäre sind. Die Kommission mußte unter dem Eindruck dieses Moments auch die konservative Disposition einstimmig annehmen.

Nun kommen aber die Gegner und sprechen davon, daß der Wertzuwachs bei Wertpapieren nicht zu vergleichen sei mit dem bei Grundstücken, denn die Spekulation sei ein sehr mühsames Geschäft, erfordere viel Geld und Zeit. Das mag in einzelnen Fällen zutreffend sein, in vielen aber nicht. Ein ganz bestimmtes Beispiel erdriekt die „Deutsche Agrarreformbank“ ausführlich. Wir meinen die Aktien der Darmstädter Bankgesellschaft. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 20

Millionen Mark. Die Aktien standen lange Zeit hindurch zwischen 95 und 100. Im letzten Winter hielt der Herr Staatssekretär Verbund eine dieser Aktien sehr günstige Notiz; kurz schenkte sie so stark an, daß die Diskontogesellschaft sie am 7. Januar 1909 zum Kurse von 100 Prozent an der Berliner Börse einführen konnte! Frage: War es wirklich das Verdienst der Diskontogesellschaft, daß der Staatssekretär diese Notiz hat? Weiter: Seit diesem 7. Januar bis heute sind diese Aktien weiter gestiegen von 180 auf 286 Prozent! Warum? Jetzt wird auch offiziell bekannt, daß der Staatssekretär die Aktien hat, die der Darmstädter Bank gehörenden Eisenbahn zu einem Kaufpreise zu verstaatlichen, der diesen enormen Kurssturz dieses Papiers tatsächlich rechtfertigt. Frage: Ist ein Verdienst der Diskontogesellschaft und der sonstigen Börseninteressenten dieses Papiers, daß der Staatssekretär diese Notiz hat? Haben die Herren das rücheln können? Vielleicht! Dann ist ihre Rolle aber auch mit einer Steuer von 6 Prozent dieses Gewinnzuwachses gewiß nicht zu hoch besteuert. Hundert, tausend andere Beispiele lassen sich für die Lasten anführen: Fast der Gewinnzuwachs bei Wertpapieren in ganz gleicher Weise wie der bei Grundstücken auf die Handlungen des Staates sich zurückführen und daß der Börsenhandel für die Ausübung dieser Gewinne in keinem Verhältnisse irgend eine andere, weiter gehende Arbeit oder Tätigkeit ausübt, als der Grundstücksänderer. Man sieht an diesem Beispiel, daß auch dieser Wertzuwachs ein unverdienter ist und ruhig eine Steuer ertragen kann.

### Deutscher Reichstag.

(254. Sitzung.)

Hd. Berlin, 6. Mai 1909.

Beginn der Sitzung 2 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht der Antrag Speck, den Reichstagsrat zu ersuchen, dem Reichstagsrat alsbald eine Vorlage zu machen, welche für größere Wästen zum Schutz der kleinen und mittleren, unabhängig von der einseitigen Besteuerung eine Reichsteuer einführt, die das jährlich verbrauchte Quantum mit einer steigenden Abgabe belegt.

Abg. Speck (Nrn.) weist zur Begründung hin auf die außerordentliche Lage der kleinen Wästenbetriebe, noch im Laufe des letzten Jahrzehntes infolge der Konfurrenz der Großbetriebe. Man sage, die Ursache der Abnahme der kleinen Wästen liege in deren technischer Rückständigkeit. In solcher Allgemeinheit könne das aber nicht gelten. Der Versuch, die Kleinbetriebe zu schützen gegenüber der Herrenmoral müsse jedenfalls gemacht werden. Das Verschwinden der kleinen Wästen, das auch eine Gefahr sei für unsere Volksernährung wegen der Gefahr einer Fortbildung der Großmühlen, müsse aufhören. Dazu solle die Umsatzsteuer einführen.  
Auf Vorschlag Dr. Solide (Nrn.) wird ein dem Antrag Speck ähnlicher konservativer Antrag mit zur Debatte gestellt.

Abg. Solide (Nrn.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Die kleineren Wästen müßten gegen den Großkapitalismus geschützt werden. Das Großkapital suche sich auf Kosten der kleinen Wästen zu bereichern. Notwendig sei die Neurechtung von Großmühlen zu erwägen. Schon das sei eine Hilfe für die kleineren und mittleren Betriebe.

Abg. Meier (natl.): Für mich und einen großen Teil meiner Freunde steht fest, daß die Einkommensteuer sich in einer Vorlage befinden und daß ihnen Hilfe zuteil werden muß, wenn sie nicht der Aufzucht durch die Großmüllerei unterliegen sollen. Wir wollen diese Feinsteuer in ihrer Entwicklung hemmen, aber Auswüchse müssen beschnitten werden und solche Auswüchse bestehen. Wären sie schon mit einer Steuer pro Tonne von 6 bis 80 Pfg. aufsteigend vorgegangen. Eine solche Steuer muß vom Reiche ausgehen. Das Beste ist, die beiden vorliegenden Anträge an eine Kommission zu verweisen.

Reichsfinanzamts-Direktor Kühn teilt auf eine Anfrage des Vorredners mit, daß seit 1885 bis 1905 die Zahl der ganz kleinen Mühlen bis zu 600 Tennen Verarbeitung um 11,8 Proz. abgenommen habe, die der Mühlen von 600 bis 4500 Tennen habe nur eine Abnahme von 3 1/2 Proz. zu verzeichnen, während die mittleren Mühlen von 4500 bis 30 000 Tennen um 51 Proz. abgenommen haben. Bei den Mühlen von 80 bis 90 000 Tennen ist eine Zunahme von 119 Proz. zu verzeichnen und endlich bei den ganz großen Mühlen von mehr als 90 000 Tennen eine Zunahme von 75 Proz. Eine erhebliche Abnahme liegt also nur bei den ganz kleinen Mühlen vor. Weitere Erhebungen seien im Gange. Eine Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage der Mühlen-Umsatzsteuer habe bisher noch nicht stattgefunden. Bahrscher Bevollmächtigter Dr. Vardardi erklärt, die bahrsche Regierung stimme einer solchen Reichsteuer zu, aber unter der Voraussetzung, daß der Ertrag an die Bundesstaaten abgeführt werde und daß nicht daraus direkt eine Vermögenssteuer werde.

Abg. Kampf (fr. W.) lehnt die vorliegenden Anträge ab. Diese Anträge wollten die Fortschritte in der Technik besteuern. Dem Mittelstand werde mit solchen Mitteln ebenfalls geholfen werden können als mit der Warensteuer.

Abg. Fr. von Camp (Nrn.): Die Erhaltung der Kleinmühlen sei eine notwendige Voraussetzung für billiges Brot. Seine Freunde seien mit der Einführung einer Umsatzsteuer einverstanden.  
Abg. Clauffer (Nrn.) tritt für den Antrag Speck ein.  
Hierauf verliert sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 6 Uhr.

Hd. Berlin, 6. Mai. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages beschloß einstimmig, in die Beratung der Anträge auf Abänderung der Verfassung nicht einzutreten, falls die Session vor Pfingsten nicht endigt.

### Deutschland.

Berlin, 7. Mai 1909.

**Die Konservativen und die „Kreuzzeitung“.** Das konservative Blatt hat dem Reichsfinanzrat zu seinem Geburtstag aus gratuliert und dann folgende Antwort erhalten: „Wenn Dank für Ihre Glückwünsche zur Vollendung meines 60. Lebensjahres, die mich erfreut haben. Auch im neuen Jahrzeit soll meine Arbeit unter dem Wahlspruch Ihres Wortes stehen: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.“ einer erziehen Mahnung aus großer Zeit. Reichsfinanzrat Herr v. Bülow.“

**Die Konservativen und „Gegner des Vaterlandes“.** Das deutsche Reich hat nur noch äußerst wenige Freunde, die auf sein Wohl bedacht sind. Eigentlich sind es nur noch die Nationalliberalen, welche mit angeborener Selbstlosigkeit und bis zur Vernichtung gehender Opferwilligkeit für des Reiches Wohl eintreten — alle anderen gehören in die Wollschlächt. Das ist der Sinn einer Notiz in einem badischen nationalliberalen Blatt. Es ist der in Billingen erscheinende „Schwarzwälder“, der in seiner Nr. 131 vom 5. Mai den durch die Blätter gegangenen Artikel von Professor Delbrück über eine etwaige Reichstagsauflösung zitiert, in welchem es u. a. heißt: „... käme es jetzt zu einer Auflösung des Reichstages, so würden die Abgeordneten, die sich auf dem Standpunkt des Bundes der Landwirte stellen, in den Städten überhaupt keine Stimmen mehr bekommen und auf dem Lande nur einen geringen Teil ihres bisherigen Anhangs behalten... Eine Auflösung würde unter der Parole, daß der Reichstag mehr Steuer zahlen soll, die Massen direkt zu den Regierungskandidaten führen. Es ist also gar keine Gefahr dabei. Der Herr Reichsfinanzrat braucht nur zu wollen. Gerade wenn der Herr Reichsfinanzrat aber zeigt, daß er will, wird die Auflösung überflüssig werden, und das wäre natürlich besser...“

Zu dieser Auffassung, die sonst ziemlich allgemein als geradezu oberflächlich optimistisch bezeichnet wurde, schreibt das Billinger nationalliberale Blatt, bezeichnend eines der verbissenen liberalen Parteiblätter:

„Die Meinung Delbrücks verdient Beachtung, aber sie ist doch eine Meinung mit unbestimmten Größen. Heißt es, daß die Auflösung des Reichstages die Lösung des gordischen Knotens bedeutet und wenn auch als Folgen der Auflösung Konservern und Ultraconservative glauben, dadurch für sich Stimmung machen zu können, daß sie dem Reiche im Wahlsinn vor der neuen Zeit mit ihren steigenden Kräfte greifen machen können, dann zeigen sie sich wieder einmal als das was sie sind: Gegner des Vaterlandes! Ob ein von diesen Gegnern des Vaterlandes eine andere, bessere Lösung der Frage bedeutet, ist mehr als zweifelhaft. Herr Bülow als Mann mit ausgeprochenem Genuß, das er selbst dem Kaiser gegenüber betonte, wird jedenfalls ohne vorausgegangene Reichstagsauflösung, dieser Probe aufs Exempel, nicht an einen Austritt denken! Im übrigen ist ein Konserver vorbanden, gefaßt in der denkwürdigen Reichstagsauflösung 1907: „Sagt das deutsche Volk nur in den Sattel, reiten kann es selbst!“ Und von allen Abgeordneten sollte als Vertreter des Volkes erwartet werden, daß sie noch besser reiten können und die Hindernisse, die einseitige Partei- und Interessenpolitik aufstellt, überwinden in nationaler Zeit und zum Nutzen des Vaterlandes!“

Zunächst: Was für ein verworrenes Unsinns! Da fehlt jeder Zusammenhang und jede Logik. Was allein aus diesem Trümmersfeld halber Gedankenwege herausragt, das ist die Behauptung, daß Konservern und Zentrum Vaterlandsfeinde seien. Nun werden sich zwar weder Konservern noch Zentrumleute schwer ärgern, wenn sie in dem Billinger nationalliberalen Blatt selbst auch die Konservativen bezeichnet werden. Aber die Tatsache, daß ein kleines nationalliberales Blatt selbst auch die Konservativen unter die Gegner des Vaterlandes rechnet — wir vom Zentrum sind längst gewohnt, von Nationalliberalen Vaterlandsfeinde genannt zu werden — beweist, daß der nationalliberale Dünkel außerordentlich tief sitzt. Fehlt es der Partei auch sonst an allem, der Dünkel ist vorhanden. Und wie ging es dem deutschen Vaterlande, wenn die Nationalliberalen es reiten und erhalten müßten? Die Partei, welche kaum noch selbst recht auf den Weinen stehen kann und sich daher den Namen „Stichwahl Liberalismus“ angezogen hat! Aber je größer die Schwäche, desto größer auch die Annäherung.

**Zur Reichsfinanzreform.** In einer Polemik gegen die „Konservative Korrespondenz“ schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“: „Der Reichsfinanzrat hat sich gegenüber dem konservativen Vorschlag in der Finanzkommission nicht ablehnend verhalten, vielmehr die Wertzuwachssteuer am Grundbesitz durch den Mund des Reichsfinanzsekretärs als wohl erwägenswert bezeichnet und die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs zuzugestanden. Als Ersatz für die Deszendenten-Versteuerung kann der konservative Vorschlag deshalb nicht in Betracht kommen, weil ein

ausreichender Ertrag aus dieser Quelle nicht zu gewinnen ist. Weiter muß die Auffassung als falsch bezeichnet werden, als richte die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit allein auf die Bekämpfung der abnehmenden Haltung der Konservativen in der Frage der Erbschaftsteuer.“ Diese Erklärung soll schäme den Konservativen zeigen, daß der Reichsfinanzrat doch nicht daran denkt, die Brücke zu den Konservativen abzubauen und daß sie nicht seine einzigen Sorgenfänger seien.

**Unser Vereinsgeheiß!** Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Kronberg im Taunus geschrieben: „Der „Reize Sonntag“ wird ein seltsames gerichtliches Nachspiel haben. Der den katholischen Pfarrer vertretende Geistliche hatte einem erkrankten Neukommunikanten unter Begleitung seiner 20 Kameraden die Kommunion ins Haus gebracht. Infolgedessen erhielt der Vorstand der katholischen Kirchengemeinde von der Polizeiverwaltung wegen Veranlassung eines kirchlichen Umzuges (Prozession), ohne die hierzu erforderliche polizeiliche Erlaubnis eingeholt zu haben, ein Strafmandat (§ 17 des Vereinsgesetzes 18. III. 1880) mit einer Geldstrafe von 5 Mk. oder 2 Tage Haft. Der Kirchengemeinde hat bereits Einspruch erhoben. Die Sache kommt demnächst zur Verhandlung vor dem königlichen Schöffengericht.“

**Schweres Verbrechen!**  
**Nationalliberale Helden.** Die nationalliberale Reichstagsfraktion hielt am Dienstag mittig eine Fraktionssitzung ab, um Stellung zu nehmen zu der momentanen Situation. Der nationalliberale Abg. Dr. Meber hatte am Sonntag nach der Abstimmung in der Finanzkommission erklärt, daß seine Freunde sich zunächst noch an den Arbeiten der Kommission beteiligen würden, eine endgültige Stellungnahme sei ihnen aber erst nach der Beratung innerhalb der Fraktion möglich. Diese Stellungnahme ist nun erfolgt und sie ist echt nationalliberal: „Die nationalliberale Reichstagsfraktion will erst abwarten, was Herr Bülow zu tun denkt.“ Also Bülow bist! Dieses Resultat hat Vorkommend noch an demselben Tage dem Reichsfinanzrat übermitteln, wie es sich für dessen parlamentarische Garde gebührt.

**Dr. Arendt als parlamentarischer Agent der Firma Krupp.** Der freikonservative Abg. Dr. Arendt hielt Dienstag nachmittag im Reichstags eine Rede zur Verteidigung der so. Volksfortschrittlichen, wobei er die Pensionen der Firma Krupp sehr warm verteidigte. Wie der „Vorwärts“ erzählt, ist diese Rede dem Herrn Dr. Arendt gestern abend im Hotel de Russie von zwei Vertretern der Firma Krupp diktiert worden!

**Das ist laundum!** Der Streit in Südmexiko wird immer lebhafter und heftiger; seine Spitze richtet sich gegen Verbund. Nach einander haben in Südwest zwei Gouverneure, die als konservative Männer hinfamen, unter dem Zwang der realen Verhältnisse freilichliche Politik getrieben. Noch in Windfall haben die versammelten Kolonisten das den Herren Unbegreif und Schwamm befähigt. Herr Verbund aber sagte, wie die „Widb. Nachr.“ berichtet, Herrn Passarge und anderen Südmexikaner, als sie ihre Forderungen wegen des Landesrotes vor ihm vertreteten: „Meine Herren, das ist laundum!“ Man wird lange suchen können, bis man unter den preussischen Nationalisten und Bureaukraten einen findet, der mit so unverholener Egoerüstung über beschränkten Untertanenverstand zur Tagesordnung übergeht. Dafür gehört aber auch Verbund der freisinnigen Vereinigung bis heute an.

### Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Zur ungarischen Krise: wird aus Budapest vom 6. Mai gemeldet: Graf Julius Andrássy wurde heute mittag vom Kaiser in einwilliger Audienz empfangen. In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß Graf Andrássy anerkennen sei, das neue ungarische Kabinett zu bilden.

Italien.

Die Gefährlichkeit der italienischen Politik. Der Ecolo meldet, daß bei der jüngsten Zusammenkunft der Herrscher von Italien und England König Eduard den Minister Tittoni von der Gefährlichkeit der italienischen Politik und besonders von dem Mistranten überzeugt habe, daß diese Politik bei den befreundeten Mächten England und Frankreich hervorgerufen müßte. König Viktor Emanuel habe dieser Unterredung beigewohnt und die Ausführungen König Eduards beigestimmt. — Gefährliche Politik ist es auch, wenn Italien sich vernünft, gegenüber dem Bau von 4 Dreadnoughts in Oesterreich mit dem Bau von 10 Dreadnoughts zu antworten. Da werden die italienischen Finanzen bald schlechter stehen.

Türkei.

Neue Gärungen in der Türkei.

Eine in Debre abgehaltene Versammlung der angehenden Albanesenführer beschloß, telegraphisch von der türkischen Kammer für Albanien und Mazedonien völlige Autonomie zu verlangen. Sollte diese abgelehnt werden, so werde der allgemeine Aufruf proklamiert und nach Saloniki marschiert werden, um den Sultan Abdul Hamid zu befreien, der diese Zugeständnisse bereits früher gemacht habe. — Die „Morning Post“ bringt die alarmierende Meldung,

Doch das türkische 4. Armeekorps aus Erzerum gegen Konstantinopel zu marschieren beabsichtigt. — Bei Koovuelles sind mehrere serbische Bänder aufgetaucht, die die umliegenden Ortschaften beunruhigen. Bei Krupar fand ein Kampf einer türkischen Bande mit Truppen statt. Sieben Mitglieder der Bande fielen. Der Verlust der Truppen ist noch unbekannt.

Der Großvezir Simi Pascha landete an die Bilajets eine Zirkulardepeche, worin er seine Ernennung mitteilt und eine rasche Herstellung der Ruhe und Ordnung fordert. Eine offizielle Ankündigung des Polizeiministers besagt, daß türkische Frauen auf der Straße tief verkleidet gehen müssen und keine gegen die Moral verstößende Kleidung tragen sollen. Der Zweck dieser und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der alttürkischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die von der letzten Annahme eine Verletzung der Religion und Sitte befürchtet und ihr daher andauernd feindselig gesinnt ist.

Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Die Lage in Anatolien ist außerordentlich besorgniserregend. Die Unruhen, woran die Behörden mitschuldig sind, nehmen eine größere Ausdehnung an. Die Truppen sind ohne jede Pannesse geflohen. Es verlautet, daß furchtbare Ausschreitungen vorgekommen seien.

#### Das Vntatad von Abana.

Von einem Kaufmann in Konstantinopel wird der „Reichspost“ folgender Privatbrief seines in Mesina lebenden Sohnes zur Verfügung gestellt:

Mesina, 27. April. In Abana steht es, nach einer kurzen Pause, seit Samstag wieder sehr still. Samstag trafen hier 1600 türkische Soldaten vom zweiten Armeekorps ein, die nach Abana beordert wurden. Die dortigen Armenier, die sich den Angreifern nicht ergeben wollten, sondern in ihrem Quartier sich verbarren hatten, begannen, wie es scheint, auf die Soldaten zu schießen. Letztere gingen zum An, wie soll auf die in den Straßen befindlichen Leute zu schießen und das arme Viertel regelrecht zu belagern. Eine ungeheure Panik erfolgte, besonders als Feuer angelegt wurde. Seit Sonntag Nacht brennt das armenische Viertel steter, die Soldaten schießen unausgesetzt in das Feuer hinein.

Nach der Jesuitenmission war ein Lazarett für Verwundete in einem Schulhaus eingerichtet, auch an dieses wurde Feuer gelegt, 800 Personen sollen verbrannt sein. Auf dem Gebäude wehte die französische Fahne! Die Mission ist niedergebrennt.

Es soll furchtbar sein, erzählt die Genossin, die aus Abana nach Mesina flüchtet. . . . .

Die in Mesina schwimmen im Meere zahlreiche Leichen herum, die vom Abnaufzug heruntergebracht wurden. Die deutschen Ingenieure der Bagdadbahn sind aus Bagdad wohlbehalten hier angekommen, drei Armenier, die zu ihnen gehörten, wurden vor ihren Augen ermordet. Die Armenier schieden massenhaft, meistens nach Chypern oder Aegypten. Alle Dampfer sind über den! Die armen Leute! Man muß das Elend sehen, wenn die Flüchtlinge aus Abana hier antommen! Neuere Nachrichten aus Abana lauten ärschell! Die Jesuitenschule und Mission ist ganz niedergebrennt, die Stadt ist fast dem Erdboden gleichgemacht.

#### Frankreich.

Frankreich vor dem Generalsstreik. Aus Paris wird vom 6. d. M. gemeldet: Die „Humanität“ veröffentlicht einen Aufruf des Ausschusses des Syndikats der Post- und Telegraphenarbeiter, in dem erklärt wird, daß dieser zwar die Idee eines mutwilligen Streiks entschieden zurückweist, daß er aber, falls die Drohungen und Drohweigerungen der Regierung andauern sollten, hoffe, daß die Mitglieder des Syndikats auf das erste Signal ihre volle Pflicht tun werden.

In der gestrigen Sitzung des Eisenbahnerkongresses brachten die Revolutionäre einen Beschlusantrag ein, in dem der Ausschuss aufgefordert wird, für die Zukunft alle zur Vorbereitung eines Gesamtauftandes notwendigen Maßnahmen zu treffen, das die Beschlüsse eine wirksame Mittel sei, um gegen die Willkür der Eisenbahngesellschaften anzukämpfen, die auf jede mögliche Weise sich des Eisenbahnerleidens zu entledigen trachten. Die Resolution wurde mit großem Beifall angenommen, gelangte jedoch nicht zur Abstimmung.

Von der französischen Marine. La ver Warminister die vom Viceadmiral Germinet erhobenen Vorwürfe, daß die Marineoffiziere nicht hinreichend Gelegenheit zur Ausbildung hätten, weil seine Kreuzfahrten gemacht würden, als berechtigt anerkannt, so werden die Kreuzfahrten sofort wieder aufgenommen werden. Die 2. Division des Mittelmeergebietes wird eine dreimonatliche Reise nach den marokkanischen

#### Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Anstelle des nach Baden veretzten Kaplans Meierlein in Gellingen tritt Herr Kaplan Götzinger, bisher in Reichenau, Amt Reichenau. Der frühere Dofkaplan Sellig von Möggingen hat am 6. Mai seine Station als Herr am Marienhospital in Stuttgart angetreten. — Herr Pfarrermeister Albin Dietrich in Watterdingen kommt nach Röhndach. — Herr Vikar Karl Gaus in Hippoldau kommt nach St. Johann in Freiburg. — Herr Pfarr. Schmid bleibt in Möggingen. Die Anweisung des Herrn Pfarr. Kienzler an Herr Möggingen ist zurückgenommen. — Herr Vikar Augustin bleibt in Dornmersheim. — Privatdozent Dr. Michael Beer an der Universität Freiburg liest über die Betsforschung. Herr Dr. G. Straubinger über christliche Apologetik.

Reich. Heute wurde der in hiesiger Kapelle befindliche über 600 Jahre alte gotische Altar an den Vikariumsverein in Mannheim um die Summe von 15 000 M. abgeben. Aus dem Erlös wird ein neuer Altar erstellt und das übrige zu einem Kapellenfond zinstragend angelegt.

Waldbühl. Wie uns mitgeteilt wird, geht in diesem Jahre kein Pilgerzug von Rastatt nach Waldbühl. Die badischen Pilger werden sich deshalb dem eltsässischen Pilgerzug anschließen, der am 9. Juni, 9 Uhr 40 Min. vorm. abgeht ab Straßburg (über Rehl); ab Rastatt 11 Uhr 20 Min. (Preis 7.20 M.), ab Karlsruhe 12 Uhr (Preis 6.30 M.); Ankunft in Waldbühl nachmittags 4 Uhr 12 Min. Rückfahrt am 11. Juni ab Waldbühl 9 Uhr 12 Min. Anmeldungen und Geldentwendungen sind zu richten an den Organisations des Pilgerzugs Josef Sommerich in Niederlauterbach (Els.). Am 20. Mai wird die Liste geschlossen.

Würzburg, 6. Mai. Der Professor für Apologetik an der theologischen Fakultät der Universität Würzburg Dr. Philipp Knibbe wurde gestern vormittag vor der

und algerischen Gewässern unternehmen und bei dieser Gelegenheit Spanien und Portugal besuchen.

#### Rußland.

X. Russische Korruption. Aus Tachkenti wird gemeldet, daß eine Revision durch den Senator Grafen Bakhien empfindliche Betrügereien bei dem Bau des Kaiser Nikolaus-Kanals aufdeckte, der sich durch sogenannte wasserlose Hungerstücken hingiebt und gegen 15 Millionen Rubel kostete. Ein großer Teil dieser Summe ist gestohlen. Vier Ingenieure werden auf den Antrag des Grafen Bakhien vor Gericht gestellt. Die ganze Kanal-Anlage erweist sich als unbrauchbar, da sie nicht die genügenden Wassermassen für den Schiffverkehr liefert.

#### England.

Englands Friedenspolitik. Bei dem Bankett der News-Office Society hielt Staatssekretär Grey eine Rede, worin er u. a. sagte: Was unsere Beziehungen zu den Mächten betrifft, so sind wir in ein verhältnismäßig ruhiges Jahressystem geraten. Wir liegen friedlich vor Anker, was von jeder unserer Wünsche war. Wir halten die Angelegenheiten der auswärtigen Politik abseits von den Parteifragen. Wir sind uns bewußt, daß unsere Politik durch die ungeheure Ausdehnung des Reiches so sehr in Anspruch genommen wird, daß wir keine auf weitere Expansionspläne gerichtete Tendenz haben. Wir wünschen vielmehr, mit unseren Nachbarn in Frieden zu leben. Was wir brauchen, sind nicht Streitigkeiten, sondern eine ruhige Politik. (Zum auf einmal, nachdem es anders nicht mehr geht. D. M.)

Proteste in England. Da die Regierung bisher keine definitive Zusage gemacht hat, daß die vier General-Tradeunions noch in diesem Jahre auf Kiel gelegt werden sollen, so wird, wie die „Times“ verrät, die unionistische Kampagne gegen die Regierung wegen Veranschlagung der Sicherheit des Landes beginnen. Es sollen eine Reihe von Meetings in allen großen Städten Großbritanniens abgehalten werden. — Die Konventionen haben in 2000 Deutschen Protestformulierungen gegenüber der liberalen Steuerordnung arrangiert. La four wird in 80, Chamberlain in 100 Versammlungen sprechen.

#### Amerika.

Auf dem zweiten nationalen Friedenskongress in Chicago hielt der deutsche Vorkämpfer Graf Bernstorff eine Ansprache, in der er ausführte: Sie sind nicht nach Chicago gekommen, um den Traum von ewigen Frieden zu träumen, sondern praktische Wege zu einer edlen Wahrung des internationalen Friedens zu suchen. Der Vorkämpfer erinnerte daran, daß die deutsche Regierung sich zum Abschluss von einzelnen Friedensverträgen stets bereit gezeigt habe, wenn sie auch den Abschluss eines allgemeinen oblaten Friedensvertrages für ausnehmend wichtig gehalten hat. Die deutsche Regierung ist im Hinblick auf einen solchen Vertrag mit Großbritannien abgeschlossen, und es ist nicht Deutschland schuld, wenn der Vertrag mit Amerika nicht zustande gekommen ist. Das außerrätliche Amt habe an diesem 6. Juli die Gewohnheit, politische Streitigkeiten der friedlichen Verhandlung überlassen zu haben und habe dies bezüglich der Galabranca-Frage getan, obwohl diese nach dem Inhalt, die nationale Ehre zu berühren. Was die Einschränkung der Nihilisten dretreffe, so habe der Reichstag in seinen Beschlüssen wiederholt borgelegt, daß eine solche Einschränkung ohne Zweifel unannehmlich ist, daß es aber schwer halte, eine praktische Lösung der Frage zu finden, und daß die deutschen Nihilisten, jedenfalls durch ein allgemeines Betreffes Geze, keinen anderen Zweck als den der nationalen Verteidigung haben. Seit nahezu vierzig Jahren habe Deutschland nur zweimal gesiegt, einmal Schill an Schill mit den Vereinigten Staaten für die Sache der Zivilisation in China, dann zur Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika.

#### Baden.

Karlruhe, 7. Mai 1909

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Vizekönig Albert Kaiser bei der Generalinspektion der Eisenbahnen auf sein untertänigstes Anliegen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Die Entlassung des Ministers des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. Westfaltenvorkämpfer Joseph Sparner in Wahl der Verwaltung der Hauptverwaltungen in Karlsruhe zugewählt.

Mit Anschließung Großh. Oberlehrers wurde Reichslehrer Karl Berger am Gymnasium in Wehrhals in gleicher Eigenschaft an das Realprogymnasium mit Realschule in Billingen versetzt.

Universität von einem starken Ohnmachtsanfall betroffen, der jedoch zu irgend welchen Besorgnissen keinen Anlaß gibt.

Exerzieren zur Feldzeit. Gemeinshafliche Exerzieren. Vom 16. bis zum 20. Mai für Herren aus gebildeten Ständen. Vom 21. bis zum 23. Mai für Priester. Vom 21. bis zum 25. Juni für Priester. Vom 26. bis zum 30. Juni für Herren aus gebildeten Ständen.

Für Priester: Vom Abend des 19. Juli bis zum Morgen des 23. Juli. Vom Abend des 26. Juli bis zum Morgen des 30. Juli. Vom Abend des 2. August bis zum Morgen des 6. August. Vom Abend des 16. August bis zum Morgen des 20. August. Vom Abend des 13. September bis zum Morgen des 17. September. Vom Abend des 20. September bis zum Morgen des 24. Sept. Vom Abend des 4. Oktober bis zum Morgen des 8. Okt. Vom Abend des 15. Okt. bis zum Morgen des 22. Okt. Vom Abend des 28. Okt. bis zum Morgen des 29. Okt. Vom Abend des 16. Nov. bis zum Morgen des 19. Nov.

Für Herren aus gebildeten Ständen: Vom Abend des 10. Aug. bis zum Morgen des 14. Aug. Für Kadetten und Studenten der oberen Gymnasialklassen: Vom Abend des 21. Aug. bis zum Morgen des 25. Aug. Vom Abend des 28. Aug. bis zum Morgen des 1. Sept. Vom Abend des 2. Sept. bis zum Morgen des 6. Sept. Vom Abend des 7. Sept. bis zum Morgen des 11. Sept.

Für Lehrer: Vom Abend des 27. Sept. bis zum Morgen des 1. Okt. Vom Abend des 11. Okt. bis zum Morgen des 15. Okt.

Für Herren: Vom Abend des 30. Okt. bis zum Morgen des 3. Nov.

Für Jünglinge: vom Abend des 6. Nov. bis zum Morgen des 10. November.

Anmeldungen bzw. Abmeldungen wolle man frühzeitig richten an P. Minister Georg Wittling S. J., Feldstr. 12 (Eisenbahnhof), Wörtherberg. (NB. Für die Schweizer Auslandsports.)

#### Der 9. Verbandstag der badischen Wirthschaftsbünde

findet Sonntag den 23. Mai in Freiburg statt. Das genaue Programm wird später mitgeteilt.

#### Die Verlegung der Feiertage und die Schwarzwälder Handelskammer.

Die Schwarzwälder Handelskammer in Billingen hat die Frage der Verlegung der Marienfesttage, des Josefstages und des Tages „Peter und Paul“ auf einen Sonntag mit folgender Begründung verneint: „Obwohl in unserem Kammerbezirk zahlreiche Stimmen für die Verlegung auf einen Sonntag laut geworden sind, und namentlich auch aus industriellen Kreisen auf die Verlegung hingewiesen wurde, die der konsumierende mittelmäßigere Schwarzwald, wo die Feiertage nicht eingehalten werden, gegenüber dem badischen Besitz, sehen wir von einer Unterlegung ab. Einmal halten wir die aus einer Verlegung der oben genannten Feiertage entstehenden wirtschaftlichen Vorteile nicht für sehr bedeutend, andererseits ist in unserem überwiegend landwirtschaftlichen Kammerbezirk die Stimmung eines gleich großen Teils der Bevölkerung, darunter auch zahlreicher Arbeitnehmer, gegen die Veränderung. Ferner aber würden hier im Schwarzwald die Interessen des Wirtsgewerbes und der Fremdenindustrie durch die Verlegung geschädigt werden.“ — Diese Stellungnahme verdient alle Anerkennung.

#### Neues aus dem Bezirk Schwegenen.

Wie liberale Blätter berichten, hat sich Dr. Obfischer im Oberland besonders auch über das Entzriiten im Zentrumsbüro über das Eingreifen des Evangel. Bundes im Bezirk Schwegenen im Zusammenhang mit der nationalliberalen Partei geschrieben wurde. Ob er auch das zu den „abgeheimelten Lügen“ der Zentrumspresse rechnete, wissen wir nicht. Jedenfalls aber hat er auch hier mehr behauptet, als mit dem oben bekannt werdenden Tatsachen absolut verträglich ist. Nachdem die „Deutsche Reichspost“ schon bisher kritische Ausführungen über die Dinge im Schwegenenbezirk und besonders über das Eingreifen des Evangel. Bundes gebracht hatte, enthält sie in Nr. 104 vom 6. Mai wiederum einen Artikel über die „nationalliberale Arbeit hinter den Kulissen“ von einem kirchlich liberalen Pfarrer. Der Artikel ist nach seinem ganzen Tenor von einem Mann geschrieben, der sich gut auskennt und manches weiß, was den Nationalliberalen unangenehm ist. Er befragt durchweg, was von Zentrumseite geschrieben wurde und macht noch manches andere bekannt. Zunächst wird das Eingreifen der Evangelischen Bundesleitung folgendermaßen erklärt: „Wahrscheinlich gibt es gegenwärtig kein brennenderes Verlangen für die nationalliberale Leitung, als dem Kandidaten Klein womöglich mit Ehren aus der Schwegenen-Pfarrstelle herauszuhehlen, weil seine Kandidatur sich als sehr unpopulär erwiesen hat, und weil diejenigen nationalliberalen Vertrauensmänner nicht begreifen, welche die eher beliebte Kandidatur des Geschäftsmannes Klein nicht als anspruchsvoller begünstigen. Die „Kirchlichen“ freilich sind so grausam und wollen als Gegenkandidaten nicht Klein, sondern lieber den ungeschicklicheren Pfarrer Klein. Aus denselben Gründen wünschen nunmehr aber die geistlichen „Nationalen“ an die Stelle des Klein einen liberalen Kandidat, aber Herr Klein. Aber wie das machen, ohne den Respekt in der Öffentlichkeit zu verlieren? Pfarrer Klein bringt recht gern das „Opfer“, das für ihn ja wie eine erlösende Wohltat dretreffe. Also müssen höhere Stellen von außen her als Deus ex machina eintreten. Eine der angegangenen höheren Stellen war die Evangel. Bundesleitung in Halle, was keineswegs durch Vertrauensbruch, sondern durch die geschäftigen Jagen der „Nationalen“ zum Lied der Spahen auf den Dächern wurde. Die „Nationalen“ stifteten also ein Schiedsgericht an. Niemand sonst beachtet ein Interesse daran als nur sie. Das Interesse der Nationalliberalen aber hier: an die Stelle Kleins einen zufragwürdigen Kandidaten gegen Karl. Darum nahm Klein auch sofort das Schiedsgericht an.“

Wenn man diese Ausführungen Vertrauen entgegenbringen darf, dann haben sich nationalliberale Interessenten an der Kandidatur Klein nicht bloß an die Bundesleitung, sondern auch an andere Stellen gewendet, um die Lage der Nationalliberalen zu verbessern. Vielleicht auch an die vorgelegte Behörde der beiden Pfarrkandidaten? Den gewünschten Erfolg hatten sie jedoch nicht. Die Zentralleitung des Evangel. Bundes griff zwar ein. Pfarrer Karl aber „lehnte ab.“

damit der hinterher sündverbächtige Klein nicht von der Kirchlichen Beiratskommission weggemacht. Denn das kirchliche Interesse verlangt, daß der Kandidat Klein bleibt. Ist das nicht einleuchtend, ist das nicht offensichtlich? Selbstverständlich handelt Karl nicht für sich; sondern mit dem Wahlkomitee, dem er verantwortlich ist. Dieses Wahlkomitee, welches aus evangelischen Laien und evangelischen Geistlichen besteht, die in der überwiegenden Mehrheit nicht konservativ, sondern liberal sind, hat an maß-

gebender Stelle in der famosen Schiedsgerichtsfrage seine Ansicht sehr unzweideutig erklärt lassen.“

Also nicht auf das „Kommando Waders“, wie die „Bad. Landeszeitung“ schrieb, sondern die Rücksicht auf das zum großen Teil liberale Wahlkomitee hat Mr. Karl bedogen, sich auf das Bundeschiedsgericht nicht einzulassen. Darum schreibt der Gewährung des konservativen Majorities weiter:

Welchen Vollzugs machen nun aus dieser klaren, einfachen Sachlage die Blätter der Kleinmütigen? Sie fallgarnieren, sie sehen weiter, sie lesen hinter all den niederen Dingen — man laune und lauge — Herrn Wader.“

Die „Bad. Landeszeit.“ schrieb bekanntlich, Karl habe dem Kommando Waders gehorcht und vertraue nicht auf das Schiedsgericht, sondern auf das Zentrum. So werde der Skandal immer größer. In der „Reichspost“ heißt es dazu:

„So wird die Verdreh-Frankheit immer größer!“ Nichts als Hokus-Fokus sei es, wenn die Kleinmütigen erklären, die Bundesleitung in Halle habe von sich aus eingegriffen. Dann wird weiter enthüllt über die Rolle, welche Dr. Obfischer in der Frage spielte:

„In diesem Schiedsgericht sollte angeblich auch die Prioritätsfrage eine Rolle spielen. Das kann sie aus dem Spielzug für politische Gründe. Soviel steht denn nun unzweifelhaft fest: nicht Karl wurde gegen Klein, sondern Klein gegen Karl aufgestellt, um wie Wahlmarischall „Geradeaus“ nach Schwegenen rief: um den freibeuteurischen Pfarrer den Wind aus den Segeln zu nehmen.“ (Auch nicht durch Vertrauensbruch erlangt!) Ein Wort, das erschütternd den Ausschlag für den unpopulären Klein und gegen den populären Klein schiedt gab.“

Obfischer habe jedoch hier, wie schon oft, falsch geurteilt. Denn, so heißt es in der „Reichspost“ weiter: „Mit diesem „Wandlung“ waren aber die Karikaturen sehr zufrieden. Denn die Fliege war im Recht. Offenherzigkeit ist eine edle Tugend, wenn sie nicht wegschadet. Also seien wir sie: Die Karikaturen waren über die skandalösen Pläne der Kleinmütigen ebenso unentzriiten wie unangelegentlich. Gleiten doch sogar die Kleinmütigen in nationalsozialen Feuer ein Eisen warm. Wäre Pfarrer Karl vor Klein proklamiert worden, so wäre über gegen die Pfarrerwahl Kandidatur die wirksamere nationalliberale Kandidatur eines Bankiers oder Geschäftsmannes auf Kosten der evangelischen Geistlichen genommen und damit die Ausgliederung der Nationalliberalen in die Höhe gediegen. Sollten das die Karikaturen zu ihren Gunsten aber doch lieber jeder anderen Partei zu Gunsten verweigern, so müßten sie die Nationalliberalen auf — Glattseife führen. Und die Kleinmütigen sich darauf verlassen. Die Kleinmütigen freuten sich natürlich, zuvorgekommen zu sein. — Die Karikaturen freuten sich mit. Aber die Freude jener verordnete sich in Leid und Sorge. Schon acht Tage darauf trat die Vertrauensmännerversammlung der Karikaturen zusammen und konnte fest mit der größten Lust die Kandidatur Karl nunmehr abproklamieren. So liegt der Fall mit der kirchlichen Prioritätsfrage.“

Demnach wären also die Nationalliberalen gerade durch den Fall ihres „Wahlmarischalls“ Geradeaus in der Falle gefangen worden, welche sie den Karikaturen stellen wollten. Das sieht sich so verquält, wie ein Bericht über eine Schnepfenjagd. Und die Hauptsache ist, daß man wieder einmal sieht, wie hinterher gearbeitet wird, während man nach außen abguleugnen sucht, was einem unangenehm ist.

#### Aus der nationalliberalen Agitation.

Dr. Obfischer hat manche Verdienste als Parlamentarier; auf eigentlich politischem Gebiet liegen sie aber nicht; als Parteiführer werden seine Fähigkeiten von seinen eigenen Gefinnungsgenossen zweifelhaft; als Agitator trägt er ohne Zweifel sehr viel dazu bei, den Wahlkampf zu vergiften; hat er doch die auch von seinen besten Bekannten oft unbekannt vermerkte Eigenschaft, vom Gittigen immer das Gittigste herauszufinden. Damit jaget er stets seiner eigenen Sache mehr als denen, die er im Auge hat. In Donauemündung führt er u. a. laut „Bad. Landeszeitung“ Nr. 205 aus:

„Dann sei es weiter eine politische Aufgabe der Gegenwart, das Ansehen der deutschen Volksvertretung nach oben und nach unten zu stärken. Das eine politische Partei seit Jahren, das politische Geschäft nur als Schacher getrieben habe, sei bekannt. Das habe das Ansehen der Volksvertretung bei der Regierung wie beim Volk schwer geschädigt. Und dieselbe Partei suchte jetzt wieder aus Ansehen zu kommen, wozu ihr kein Mittel so schlecht sei. Im Ansehlich hieran sagte Dr. Obfischer, es sei eine sehr wichtige Aufgabe, unser Volk gegen die politische Verdrängung, gegen die Entstellung der Tatsachen, gegen die Verbeugung, wie sie seit Jahren verdrängt und geübt wurde, zu schützen. Es sei verberlich und gebe zu schimmlichen Besorgnissen Anlaß, wenn man sehe, mit welcher niedrigen Mitteln heute Politik gemacht werde. Auch in der Politik könne man bei allen gefundeneren und realen Erwägungen doch die Ideale nicht mißsen. Heute aber sei die Politik verdrängt und man wisse ja, in welcher gefährlicher Weise z. B. das Zentrum die Person des Gegners in den Kampf hineingeworfen habe.“

In einer späteren Nummer der „Bad. Landeszeitung“ wird sogar gesagt, Obfischer habe behauptet, „mit wahren Entzriiten“ verfolge er die Arbeit der Zentrumspresse. Die „abgeheimelten Lügen“ seien für „gerade gut genug“ gegen die Gegner. Ueberhaupt konnte sich Dr. Obfischer nicht genug entzriiten über das Zentrum.

Wir wissen nicht, ob er für seine Entzriitung viel Glauben findet. Bei uns findet er keinen. Dagegen würde er Kopien auf die Säppler unserer Zentrumsbücher sammeln, wenn er einmal auch nur ein kritisches Wort über die „noble“ Kampfweise der ihm nabeistehenden Kreise verlieren würde. Oder weiß Herr Dr. Obfischer nicht, daß gerade in jenem Bezirk, in dem er sprach, von liberaler Seite von jeder der gebührend persönliche Kampf eine Rolle spielte? Hat er es nicht gelesen vor einigen Wochen, daß dem Herrn Rabenwälder Bauer, damals in Zimmern, in der liberalen Presse ob seiner Agitation für das Zentrum die gebührend persönlichen Vorwürfe gemacht wurden, daß er öffentlich unwarhr Weise benannt wurde, als verachtliche an die Generaldirektion gingen, um die Verbeugung Bauers aus dem Bezirk zu erörtern? Weiß er es nicht, daß im Jahre 1905 die intimsten Familienverhältnisse des jetzigen Abgeordneten Duffner in unwarhr, gebührender Weise von der liberalen Presse im Wahlkampf herumgerührt wurden, so daß selbst der liberale Bruder des Herrn Duffner fern in Dresden entzriiten die gebührend Unwarhbeiten der liberalen Presse zurückwies? Weiß Dr. Obfischer nichts davon, wie die liberale Presse dort oben den Zentrumskandidaten Goldschmidt 1905 persönlich herunterriß und alle seine Parteistimme gegen ihn aufstachelte? Obfischer's Entzriitungs-Traden

\*) Trotzet, die neuere Entwicklung des Altaltolizismus, S. 20.

#### Statisches über den Altaltolizismus.

Bermöge der List von Rom-Agitation hat auch der Altaltolizismus in Österreich ein großes Anwachsen zu verzeichnen, während andererseits die Mitgliederzahl dieses Bekenntnisses rapid heruntergeht, z. B. in Deutschland. Im Jahre 1877 zählte man in Deutschland nach 63640 Altaltoliken, 6 Jahre später nur noch 55507 und 1907 etwa noch 28000! Im 1. April 1907 gab es in ganz Österreich 42 altaltolische Gemeinden; 12 Gemeinden haben eine Seelsorger. Die Gesamtzahl der Geistlichen beträgt 21, darunter 18 Seelsorger und 3 ohne Seelsorge etc. Den Zuwachs der Altaltoliken in ganz Österreich seit 1898 zehnen nachgegebene Daten: 1899 = 45502, 1900 = 47358, 1901 = 49617, 1902 = 20816, 1903 = 21610, 1904 = 22899, 1905 = 23791. Seit 1905 ist ein starkes Nachlassen der altaltolischen Bewegung zu konstatieren.

Der Stand der altaltolischen Kirche in Österreich am 1. Januar 1908 war folgender (nach dem „Wiener Altaltol. Botsblatt“ 1908 S. 40):

Länder	Gebirten	Traunungen	Gelehrte	Beiträge	Quartrite	Religions-Institut	Gesamtwahl
1. Böhmen	349	147	253	365	102	2523	16 662
2. Niederösterreich (Wien)	67	32	50	197	32	304	8 079
3. Mähren	117	27	72	312	51	387	2 782
4. Steiermark	55	25	34	183	42	157	1 891
5. Oberösterreich und Salzburg	7	14	5	112	7	37	377
Gesamtzahl	698	245	414	1169	234	3408	24 711



